

Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2023

Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus (RIAS) Thüringen

Impressum

Herausgeber

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

Autorin

Susanne Zielinski

Konzept und Redaktion

Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus (RIAS) Thüringen

Lektorat

Susanne Haldrich

Gestaltung

gegenfeuer.net

Bildnachweis

Die Bildrechte verbleiben bei
RIAS Thüringen.

Titelseite

Gimel ist der dritte Buchstabe im hebräischen Alphabet. Die Verwendung dieses Buchstabens in der grafischen Gestaltung der Titelseite soll anzeigen, dass es sich bei der vorliegenden Publikation um den dritten Jahresbericht von RIAS Thüringen handelt.

Trägerschaft RIAS Thüringen ist ein Projekt des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung.



Förderung

RIAS Thüringen wird gefördert durch



4	Vorwort	<hr/>
6	Über RIAS Thüringen	<hr/>
8	Begrifflicher Rahmen und Kategorien	<hr/>
16	Datengrundlage	<hr/>
18	Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2023	<hr/>
32	Analysen	
33	» Antisemitismus nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel	
50	» Zunehmende Angriffe auf die Erinnerungskultur und Post-Shoah-Antisemitismus in Thüringen	
64	» Antisemitismus im Fußballkontext	<hr/>
70	Kontakte und Angebote	<hr/>

Vorwort



Das Jahr 2023 teilt sich im Rückblick in ein „Davor“ und ein „Danach“. Nach dem 7. Oktober war für Jüdinnen*Juden weltweit alles anders. Das größte antisemitische Pogrom seit 1945 löste eine nicht abbreißende Welle von antisemitischen und terrorverherrlichenden Reaktionen aus. Anfängliche Solidaritätsbekundungen der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft flauten mit der Zeit ab, während der Alltag jüdischer Menschen seither geprägt ist von der Sorge um Angehörige und Bekannte in Israel, von antisemitischen Anfeindungen und Angriffen sowie vom Bemühen um den eigenen Schutz vor Übergriffen. Israel, der einzige Schutzraum für jüdisches Leben weltweit, ist nun keiner mehr. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis ist die Situation für Jüdinnen*Juden umso unsicherer.

Die explodierenden Zahlen antisemitischer Vorfälle in Thüringen seit dem 7. Oktober geben traurige Gewissheit darüber, dass die Anstrengungen der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft nicht ausreichend waren und der Kampf gegen Antisemitismus sein Ziel nicht erreichen konnte. Die deutlich gestiegenen Vorfallzahlen entspringen dabei nicht neu hinzugekommenem Antisemitismus, sondern einem bereits vorhandenen.

Der dritte Jahresbericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen belegt eben dies. Judenhass zeigte sich in Thüringen auch vor dem Herbst 2023 in den kontinuierlichen Angriffen auf die Erinnerungskultur, den zahlreichen antisemitischen Schmierereien im öffentlichen Raum und den vielfältigen antisemitischen Verschwörungserzählungen, die zum Teil sogar von Thüringer Politiker*innen verbreitet wurden. Jüdische Menschen waren im Freistaat schon vor dem Herbst 2023 tagtäglich zahlreichen antisemitischen Vorfällen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgesetzt. Sie ereigneten sich im Arbeitskontext, in Bildungseinrichtungen, im Sport, in öffentlichen Verkehrsmitteln und sogar im Wohnumfeld. Nun ist dieser Antisemitismus weiter eskaliert.

Gerade deswegen muss die konsequente Zurückdrängung und Bekämpfung von Judenhass in all seinen Facetten oberste gesellschaftliche Priorität haben. Dazu muss die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft die jüdische Perspektive als die Perspektive der unmittelbar Betroffenen endlich priorisieren. Und sie muss sich der Tatsache stellen, dass Antisemitismus nicht nur im rechten Spektrum, sondern auch in der politischen Mitte, in migrantischen Milieus und in linken oder sich selbst als progressiv verstehenden Gruppierungen weit verbreitet ist. Antisemitische Denkmuster sind in unserem kulturellen Gedächtnis tief verwurzelt und seit dem Herbst 2023 in ihrem Ausmaß und ihrer Verbreitung noch sichtbarer geworden. Wer weiterhin in einer friedlichen, pluralistischen Gesellschaft leben möchte, darf diesen Zustand keinesfalls hinnehmen. Antisemitismus ist keine Meinung, die verhandelt werden könnte. Er ist eine (lebensbedrohliche) Gefahr für Jüdinnen*Juden und für unsere Demokratie.

Jede*r sollte sich deshalb solidarisch mit jüdischen Menschen zeigen, antisemitischen Äußerungen jeder Art vehement widersprechen und antisemitische Vorfälle melden.

Über RIAS Thüringen



Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen erfasst antisemitische Vorfälle in Thüringen und unterstützt von Antisemitismus Betroffene. Ziel ist es, Antisemitismus im Freistaat wissenschaftlich zu dokumentieren, darüber zu informieren und die Perspektiven der Betroffenen zu stärken. RIAS Thüringen will damit einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, das Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle, das noch immer sehr groß ist, Schritt für Schritt zu erhellen.

RIAS Thüringen ist Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) e.V. Dies gewährleistet die Sicherstellung einer bundeseinheitlichen zivilgesellschaftlichen Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle. Grundlage für die Arbeit der Meldestelle sind die Kriterien und Definitionen

der vom Bundesverband entwickelten Qualitätsstandards, an deren kontinuierlicher Weiterentwicklung sich RIAS Thüringen im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft beteiligt.

2021 hat RIAS Thüringen begonnen, antisemitische Vorfälle im Bundesland Thüringen systematisch zu erfassen. Meldungen werden dabei niedrigschwellig aufgenommen. Im Gegensatz zu anderen Erhebungen werden Vorfälle unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz erfasst – also auch dann, wenn keine Straftat vorliegt oder die Meldenden keine Anzeige erstatten möchten. Das ist deswegen besonders wichtig, weil Antisemitismus sich immer wieder in alltäglichen Situationen zeigt und daher viel zu häufig nicht ernst genommen wird. Er beginnt in kleinen Witzen, beiläufigen Bemerkungen und Schmierereien, kann sich aber auch in körperlichen Angriffen, Bedrohungen, Sachbeschädigungen, Hasskommentaren und E-Mails sowie Propagandamaterial wie Hetzschriften, Flugblättern, Plakaten oder Aufklebern manifestieren. Die Erfassung möglichst vieler antisemitischer Vorfälle ist der Anspruch von RIAS Thüringen. Auf diese Weise können Erkenntnisse über das Ausmaß und die Formen von Antisemitismus in Thüringen gewonnen werden, auf deren Basis schließlich Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus entwickelt werden können. Zentraler Bestandteil der Arbeit von RIAS Thüringen ist daher der Aufbau und die Pflege eines thüringenweiten Meldenetzwerks, das in enger Zusammenarbeit mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen entsteht.

RIAS Thüringen steht parteiisch an der Seite der Betroffenen, ihrer Angehörigen und der Zeug*innen und orientiert sich an ihren Wahrnehmungen und Bedürfnissen. Wenn gewünscht, können diverse Beratungsangebote für Betroffene von Antisemitismus vermittelt werden. Das Anliegen der Meldestelle ist es, Betroffenen von Antisemitismus eine Stimme zu geben und ihre Erfahrungen sichtbar zu machen. Dabei hat Vertraulichkeit oberste Priorität: Die Meldenden bleiben anonym und entscheiden selbst, wie mit ihrer Meldung umgegangen wird.

Begrifflicher Rahmen und Kategorien



Antisemitische Vorfälle, die RIAS Thüringen gemeldet werden, durchlaufen grundsätzlich ein Verifizierungsverfahren. Bei diesem stehen die Mitarbeiter*innen der Meldestelle im Austausch mit den Meldenden und erfassen die gemeldeten Vorfälle systematisiert in einer Datenbank. Diese Verfahrensweise ermöglicht es, Aussagen über die Formen, das Auftreten und die Entwicklung von Antisemitismus in Thüringen zu treffen. Dabei werden nicht nur Straftaten berücksichtigt, sondern auch Vorfälle, die Polizei und Justiz als nicht strafrelevant einstufen. Nachfolgend werden der begriffliche Rahmen und die Definitionen vorgestellt, auf deren Grundlage RIAS die gemeldeten Vorfälle erfasst. Dadurch sollen den Leser*innen die daran anknüpfenden Analysen nachvollziehbarer gemacht werden.

Als inhaltlicher Referenzrahmen für die Kategorisierung antisemitischer Vorfälle dient die von der Bundesregierung empfohlene „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Um israelbezogenen Antisemitismus von nicht-antisemitischer Kritik an israelischer Politik abzugrenzen, orientiert sich RIAS Thüringen zusätzlich an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias Dämonisierung, Delegitimierung und doppelte Standards.

RIAS Thüringen ordnet die gemeldeten Vorfälle verschiedenen Kategorien zu. Als Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. steht RIAS Thüringen im kontinuierlichen Austausch hinsichtlich der Weiterentwicklung und Anwendung dieser Kategorien.

Vorfallarten

Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen.

Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. In diese Kategorie fällt auch der bloße Versuch eines physischen Angriffs.

Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählen auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, also z. B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen.

Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt.

Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese sich direkt gegen eine konkrete Person oder Institution wenden. Als verletzendes Verhalten gelten auch Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc.

Als **Massenzuschrift** schließlich werden antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – in den meisten Fällen passiert dies online.

Darüber hinaus gehört zu den Tätigkeiten von RIAS Thüringen das proaktive Monitoring von Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Hierzu zählen Beobachtungen vor Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. In diesem Zusammenhang beobachtet RIAS Thüringen jedes Jahr zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall des Typs verletzendes Verhalten registriert. Kommt es bei oder am Rand einer solchen Versammlung außerdem zu antisemitisch konnotierten Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils zusätzlich als eigenständige antisemitische Vorfälle registriert.

Betroffene

RIAS Thüringen unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen.

Neben Jüdinnen*Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen, beispielsweise Journalist*innen oder Politiker*innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein.

Bei betroffenen Institutionen kann es sich einerseits um religiöse und weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen handeln. Andererseits können aber auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie andere als jüdisch wahrgenommene oder adressierte Institutionen von antisemitischen Vorfällen betroffen sein.

Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen zählen pro Vorfall als ein*e Betroffene*r, bei Individuen erfasst RIAS Thüringen dagegen die genaue Anzahl betroffener Personen.

Es gibt zudem zahlreiche Vorfälle, denen RIAS Thüringen keine direkten Betroffenen zuweisen kann: Das ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern und Plakaten im öffentlichen Raum und bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS Thüringen bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus:

Im **antisemitischen Othering** werden Jüdinnen*Juden als fremd oder nicht dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder als jüdisch markiert werden.

Im **Antijudaismus** werden religiös begründete Stereotype verbreitet, etwa der Vorwurf, Jüdinnen*Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich.

Wird Jüdinnen*Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmithen, so wird dies dem **modernen Antisemitismus** zugerechnet.

Post-Shoah-Antisemitismus bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder NS-Verbrechen bagatellisiert werden.

Israelbezogener Antisemitismus liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird.

In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall mitunter mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten

Erscheinungsformen teilweise höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Thüringen klassifiziert – soweit möglich – den politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Verantwortlichen für antisemitische Vorfälle. Diese Einordnung erfolgt nur, wenn sich die verantwortlichen Personen oder Organisationen aus ihrer Selbstbezeichnung bzw. aus den verwendeten Stereotypen heraus eindeutig einem konkreten politisch-weltanschaulichen Spektrum zuordnen lassen. In vielen Fällen lässt jedoch die Informationslage keine eindeutige Klassifizierung zu.

Bei der Einordnung unterscheidet RIAS Thüringen sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe. Dabei ist pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich.

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht der Begriff Rechtsextremismus zusammenfassend für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind die Vorstellungen von der Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen), das Streben nach ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft.

Rechtspopulismus hingegen ist ein Sammelbegriff für abgemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus. Im Gegensatz zu Rechtsextremismus bedient sich der Rechtspopulismus nicht biologistischer, sondern kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Argumentationen für seine Vorstellungen von menschlicher Ungleichwertigkeit.

Der Rechtspopulismus fordert außerdem im Unterschied zum Rechtsextremismus nicht die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern trachtet nach deren autoritärer Umformung und Aushöhlung. Darüber hinaus bezeichnet

der Begriff Rechtspopulismus eine spezifische Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung, die eine scharfe Abgrenzung zu (vermeintlichen) politischen Eliten fordert, sich gleichzeitig aber zumindest formal von rechtsextremen Positionen und Akteur*innen abgrenzt.

Als **links/antiimperialistisch** werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition steht – mit einer binären Weltsicht und einer häufig befreiungsnationalistischen Imperialismus-Kritik.

Unter **christlich/christlicher Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamentalistische Spielarten des Christentums) und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken unterschiedlicher Islamverständnisse, darunter auch islamistische, verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Einem **verschwörungsideologischen** Milieu werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmymen im Vordergrund steht. Diese Personen können im herkömmlichen politischen Spektrum teilweise nicht eindeutig verortet werden.

Auch für den **israelfeindlichen Aktivismus** gilt, dass die Akteur*innen mitunter nicht eindeutig politisch zugeordnet werden können: Hier steht die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen bzw. Gruppen im Vordergrund, während die politische Positionierung im linken, rechten oder islamistischen Milieu nachrangig ist. Zum israelfeindlichen

Aktivismus zählen unter anderem säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist*innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Als der **politischen Mitte** zugehörig werden Akteur*innen klassifiziert, die im Sinne der RIAS-Kategorien keinem der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zugeordnet werden können und die zugleich für sich beanspruchen, demokratische Positionen zu vertreten.

Datengrundlage



Ein großer Teil der hier analysierten Vorfälle wurde RIAS Thüringen direkt über die mehrsprachige Meldeseite www.report-antisemitism.de mitgeteilt.

Zivilgesellschaftliche, jüdische und als jüdisch wahrgenommene Organisationen mit Sitz in Thüringen werden regelmäßig zu antisemitischen Anfeindungen befragt oder melden diese direkt an RIAS Thüringen.

Zahlreiche Vorfälle wurden außerdem auf Basis des projekt-eigenen Monitorings von Presse und Veranstaltungen erfasst. Des Weiteren fließen in diesen Bericht Erhebungen und Beobachtungen von zivilgesellschaftlichen Projekten und Vereinen ein, die in den Bereichen Beratung bei Antisemitismus und Prävention von Antisemitismus tätig sind: etwa die Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT e.V.), ezra – die Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, die Beratungs- und Interventionsstelle für Betroffene von Antisemitismus OFEK e.V. und andere.

[RIAS Thüringen geht weiterhin von einem hohen Dunkelfeld nicht gemeldeter und nicht dokumentierter antisemitischer Vorfälle aus.](#)



Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2023

Holocaust

1000 killed in Israeli strike
on hospital in Gaza

17 October 2023

#Free_Palestine

RISTO
Bombardierung von
Krankenhäusern ist keine
Misdentat, sondern
Kriegsverbrechen



Zusammenfassung

Für das Jahr 2023 dokumentierte RIAS Thüringen 297 antisemitische Vorfälle im gesamten Bundesland. Damit hat sich die Zahl der Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr (2022: 243) deutlich erhöht. Eine signifikante Auswirkung auf die Zahl antisemitischer Vorfälle hatte der Terrorangriff der Hamas auf Israel. 42 % (125 Vorfälle), also nahezu die Hälfte aller antisemitischen Vorfälle, wurden nach dem 7. Oktober 2023 gemeldet, von denen 28 % (84 Vorfälle) einen eindeutigen Bezug zum Terrorangriff der Hamas hatten. Das schwerste antisemitische Pogrom seit der Shoah hatte eine heftige gesamtgesellschaftliche Reaktion und massive Einschnitte im Leben von Jüdinnen*Juden zur Folge. Vor dem Hintergrund der rechts-extremen Krisenmobilisierung kam es vor allem in der ersten Jahreshälfte zu antisemitischen Vorfällen. Die COVID-19-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hatten aber seit dem 7. Oktober keine signifikante Bedeutung mehr für antisemitische Vorfälle. Insgesamt hatten im ganzen Jahr nur noch 8 % der gemeldeten Vorfälle einen Bezug zur Krisenmobilisierung. Im Vergleich zum Vorjahr wurden allerdings sehr viel mehr Vorfälle aus dem Umfeld der Fußball-Fanszene dokumentiert.

Bei 235 der 297 Vorfälle handelt es sich um verletzendes Verhalten, also um antisemitische Äußerungen in mündlicher, schriftlicher und bildlicher Form. 45 dieser Fälle ereigneten sich im Rahmen von Versammlungen. Damit hat sich der Schwerpunkt der Vorfalltypen im Vergleich zum Vorjahr von den Massenzuschriften, also vom digitalen Bereich, hin zum analogen Bereich verlagert. Eine Veränderung, die auch auf eine gesunkene Hemmschwelle hindeuten könnte, denn das Internet bietet Täter*innen in der Äußerung von Anfeindungen jedweder Art üblicherweise mehr Anonymität und Sicherheit.

Auch die Zahl der gezielten Sachbeschädigungen hat sich erhöht. Insgesamt wurden 50 dieser Vorfälle registriert. 30 Sachbeschädigungen betrafen Gedenkstätten und -orte.

Deutlich verändert haben sich die Anteile der Erscheinungsformen. Durch den Terrorangriff der Hamas kam es zu einem sprunghaften Anstieg von Vorfällen, die dem israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet werden. Im gesamten Jahr 2023 waren es 35 %, während der israelbezogene Antisemitismus im Vorjahr nur 1 % aller Vorfälle ausmachte.

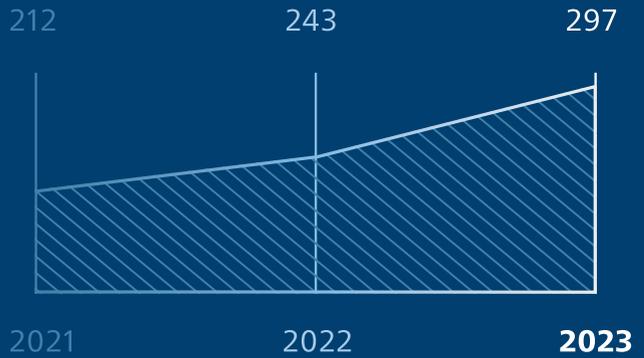
Der Post-Shoah-Antisemitismus ist weiterhin mit 48 % die am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform in Thüringen, auch wenn sie seit 2022 um 39 % gesunken ist.

Veränderungen gab es auch in den Anteilen von modernem Antisemitismus und antisemitischem Othering. Letzteres stieg auf 39 % an, während es nur noch 66 Fälle, also 22 %, von modernem Antisemitismus gab.

Als Tatort wurde in der überwiegenden Anzahl der Fälle die Straße dokumentiert: 138 Vorfälle ereigneten sich auf der Straße, während nur noch 49 Mal das Internet Tatort war.

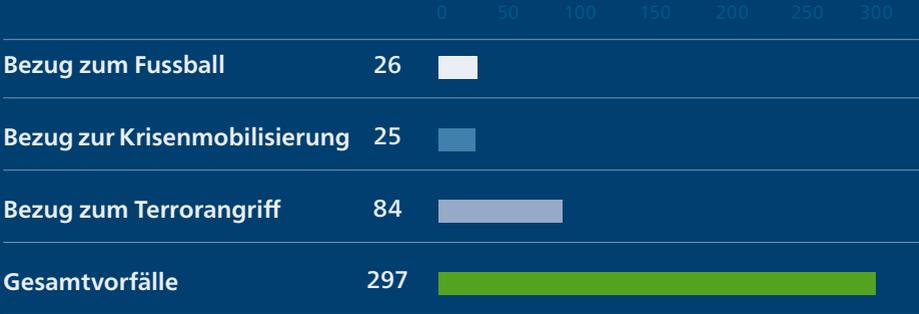
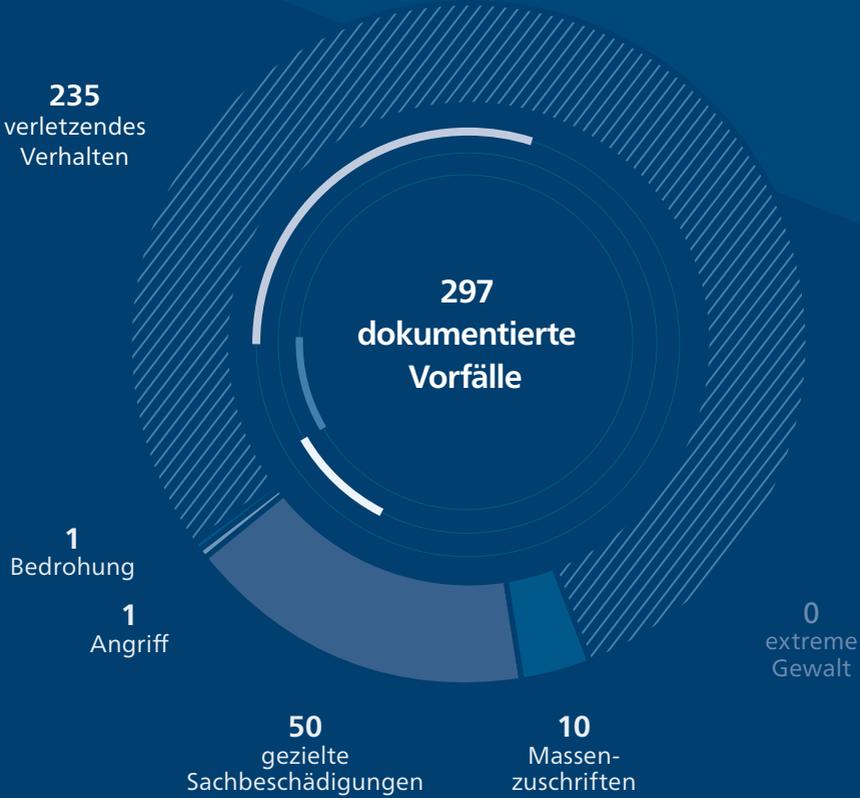
Betroffene waren überwiegend Institutionen, in 55 Fällen waren es Einzelpersonen. Gedenkstätten und -initiativen waren 57 Mal betroffen. Angriffe auf die Erinnerungskultur setzten sich also auch 2023 ausgeprägt fort.

In der Kategorie des politisch-weltanschaulichen Hintergrunds konnte der überwiegende Anteil der Vorfälle nicht zugeordnet werden. Dieser Umstand erklärt sich durch die gesunkene Anzahl von Massenzuschriften, die die Zuordnung in dieser Kategorie durch eine Auswertung der Wortwahl und des Kontextes erleichtern. 38 Fälle fanden in einem verschwörungsideologischen Kontext statt und in 33 Fällen wurde ein rechtsextremer Hintergrund dokumentiert. In 25 Fällen wurde israelfeindlicher Aktivismus festgestellt.



Insgesamt stieg die Zahl antisemitischer Fälle in Thüringen um 22 Prozent und das Vorfallgeschehen war stark durch Ereignisse im Zusammenhang mit dem 7. Oktober geprägt.

Vorfallarten



Der Schwerpunkt der Vorfalldtypen hat sich im Gegensatz zum Vorjahr eindeutig verlagert. Dominierten 2022 noch antisemitische Massenzuschriften, so gab es im Jahr 2023 unter den 297 dokumentierten Vorfällen 235 Fälle von verletzendem Verhalten. Hierunter zählen sämtliche antisemitische Äußerungen in Wort, Schrift und Bild. Beispiele hierfür sind Schmierereien, Sticker, Plakate und Aussagen, die entweder digital oder von Angesicht zu Angesicht gegenüber jüdischen und nicht-jüdischen Personen wie auch Institutionen geäußert werden. 45 dieser Fälle von verletzendem Verhalten wurden bei Versammlungen dokumentiert. Zu antisemitischen Äußerungen kam es hier zum Beispiel wiederholt bei den sogenannten Montagsspaziergängen sowie bei den Demonstrationen, die sich nach dem 7. Oktober auf das Massaker der Hamas in Israel und die darauffolgenden militärischen Reaktionen Israels bezogen.

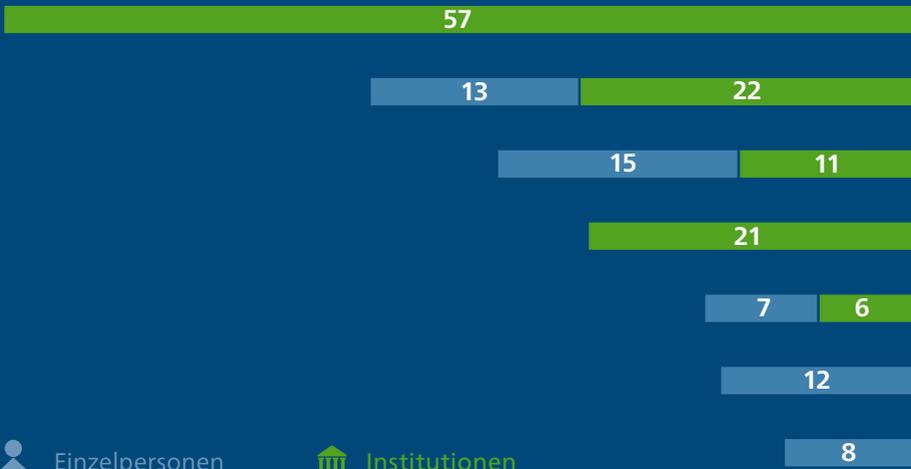
Daneben wurden 50 Fälle von gezielter Sachbeschädigung erfasst. Hiervon waren in 30 Fällen Gedenkstätten/-orte betroffen. Besonders Stolpersteine wurden 2023 immer wieder teils sehr aggressiv attackiert. In 4 Fällen waren Synagogen das Ziel der Sachbeschädigungen. Dort wiegen derartige Angriffe für Jüdinnen*Juden besonders schwer, weil hier ein zentraler Ort des jüdischen Lebens bedroht wird und die Gemeindeglieder sich in der Ausübung ihrer Religion nicht mehr sicher fühlen können.

Bei 10 dokumentierten Vorfällen handelt es sich um Massenzuschriften an Mitarbeitende zivilgesellschaftlicher und politischer Institutionen. Als Massenzuschrift gilt eine E-Mail, sobald mehr als drei Empfänger*innen erkennbar sind. Die Zuschriften waren wie schon im vergangenen Jahr im Großteil der Fälle dem Post-Shoah-Antisemitismus oder dem modernen Antisemitismus zuzuordnen. Allerdings war die Zahl der dokumentierten antisemitischen Massenzuschriften 2023 signifikant geringer als im Vorjahr. Zahlreiche Betroffene hatten RIAS Thüringen allerdings schon Ende 2022 über ihr konsequentes Blockieren von Absendern informiert, die regelmäßig verschwörungsideologische Massenzuschriften verschickt hatten. Hierin könnte eine Ursache für den enormen quantitativen Rückgang dieses Vorfalldtyps liegen.

RIAS Thüringen wurden 2023 ein Angriff und ein Fall von Bedrohung gemeldet, bei denen nicht-jüdische Personen jüdisch adressiert wurden. Fälle von extremer Gewalt wurden der Meldestelle in diesem Zeitraum nicht übermittelt.

Insgesamt bestand nur noch bei 25 der 297 Fälle ein Bezug zur Covid-19-Pandemie oder zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. 26 Fälle wiesen einen inhaltlichen Zusammenhang zur Fußball-Fanszene auf. Seit dem 7. Oktober wurde in 84 Fällen ein eindeutiger Bezug zum Terrorangriff der Hamas und den nachfolgenden militärischen Reaktionen Israels festgestellt.

Betroffene



Einzelpersonen



Institutionen

Nicht immer hat ein antisemitischer Vorfall unmittelbar Betroffene. Ein antisemitischer Sticker beispielsweise, der an einem Straßenschild klebt, richtet sich nicht gezielt an eine Person oder Institution. In anderen Fällen hat Antisemitismus klar identifizierbare Betroffene.

2023 betrafen 55 der gemeldeten Fälle Einzelpersonen, während von 117 der dokumentierten Vorfälle Institutionen betroffen waren. 21 Fällen richteten sich gegen jüdische Institutionen.

96 Fälle betrafen nicht-jüdische Institutionen, von denen 57, also über die Hälfte, Gedenkstätten bzw. -initiativen waren.

Von den 20 gegen Einzelpersonen gerichteten Vorfällen waren in 8 Fällen Jüdinnen*Juden betroffen. 13 Mal wurde eine Einzelperson als Jüdin*Jude adressiert, ohne dass sie selbst jüdisch war.

In weiteren 12 Fällen richtete sich der Antisemitismus gegen nicht-jüdische Einzelpersonen.

57	Gedenkstätten/-initiativen
35	als jüdisch adressiert
26	Politik und Parteien
21	jüdische Institutionen
13	Zivilgesellschaft
12	nicht-jüdische Einzelpersonen
8	jüdische Einzelpersonen

Erscheinungsformen

Jeder dokumentierte Vorfall wird einer oder mehreren Erscheinungsformen des Antisemitismus zugeordnet.

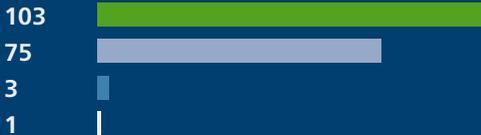
Post-Shoah-Antisemitismus



Antisemitisches Othering



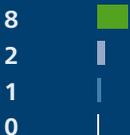
Israelbezogener Antisemitismus



Moderner Antisemitismus



Antijudaismus



Die am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform in Thüringen war auch 2023 der Post-Shoah-Antisemitismus mit 142 (48%), also beinahe der Hälfte aller Vorfälle. Darunter fallen etwa die Verharmlosung oder Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen sowie Formen der NS-Verherrlichung und Angriffe auf die Erinnerungskultur. Letztere äußerten sich 2023 in zahlreichen Angriffen auf Gedenkstätten und -orte. Post-Shoah-Antisemitismus war aber auch in Form von Stickern und Schmierereien im öffentlichen Raum in ganz Thüringen stark verbreitet und wurde regelmäßig im Kontext der sogenannten Montags-spaziergänge dokumentiert. Hier kam es wie im Vorjahr oft zu Überschneidungen mit antisemitischen Verschwörungserzählungen, die dem modernen Antisemitismus zugerechnet werden.

Im Gegensatz zum Vorjahr sank die Zahl der Fälle von modernem Antisemitismus stark. Mit 66 Fällen wurde er nur noch in 22% aller Vorfälle dokumentiert (2022: 85%). Unter modernem Antisemitismus wird der Glaube an eine besondere politische und ökonomische Macht von Jüdinnen*Juden verstanden. Er wurde beispielsweise im Umfeld rechtsextremer bzw. -populistischer Demonstrationen und bei einem Großteil der Massenzuschriften beobachtet. 20 der 25 antisemitischen Vorfälle mit Bezug zur rechtsextremen Krisenmobilisierung waren inhaltlich dem modernen Antisemitismus zuzuordnen.

Im Gegensatz zu den gesunkenen Zahlen im Bereich des modernen Antisemitismus sind Vorfälle, die dem israelbezogenen Antisemitismus und dem antisemitischen Othering zugeordnet werden, stark angestiegen.

Insgesamt 103 Fälle, also 35% (2022: 1%), wurden registriert, in denen in antisemitischer Weise Bezug auf den Staat Israel genommen wurde. 73% aller Fälle von israelbezogenem Antisemitismus ereigneten sich dabei erst nach dem 7. Oktober 2023.

Im antisemitischen Othering werden Jüdinnen*Juden als fremd oder nicht dazugehörig beschrieben. Dies wurde in 115 Vorfällen, also 39% (2022: 4%) dokumentiert. Das Auftreten dieser Erscheinungsform war 2023 breit gestreut. Alle Vorfälle aus dem Kontext der Fußballfankultur waren ihr zuzuordnen. Antisemitisches Othering fand aber auch vielfach im Alltag statt, wenn das Wort „Jude“ als Schimpfwort, in Witzen oder Schmierereien negativ verwendet wurde.

Lediglich 8 gemeldete Fälle von Antisemitismus wurden dem Antijudaismus, also dem religiös begründeten Judenhass zugeordnet. Damit bleibt die Zahl der Fälle dieser Erscheinungsform im Vergleich zum Vorjahr (2022: 4) weiterhin gering.

Tatorte

Straße	138	
Gedenkort	51	
Internet	49	
Bildungseinrichtung	17	
ÖPNV	10	
Wohnumfeld	9	
Gewerbe	7	
Öffentliches Gebäude	6	
Synagoge	4	
Öffentliche Grünanlage	3	
Gastronomie	2	
Geschäftsstelle	1	

Die meisten gemeldeten antisemitischen Vorfälle fanden 2023 auf der Straße statt. In diese Kategorie fallen 138 Vorfälle (46%). 2022 hatten noch 76% aller gemeldeten Vorfälle im Internet stattgefunden. Dieser hohe Prozentsatz kam auch durch die enorme Anzahl der per E-Mail versendeten Massenzuschriften zustande. Somit hat in der Kategorie der Tatorte 2023 ein eklatanter Wechsel vom digitalen in den analogen Raum stattgefunden.

Auch an weiteren öffentlichen Orten, wie öffentlichen Gebäuden, Grünanlagen oder dem öffentlichen Personennahverkehr, wurden 19 Vorfälle dokumentiert.

Vermehrte antisemitische Äußerungen im öffentlichen Raum, sei es mündlich, schriftlich oder bildlich, haben einen starken negativen Effekt. Jüdinnen*Juden werden in ihrem Alltag kontinuierlich mit Anfeindungen und Bedrohungen konfrontiert. Diese Raumnahme steigert somit bei den Betroffenen massiv das Unsicherheitsgefühl. Gleichzeitig birgt die stetige Wiederholung von Antisemitismus im öffentlichen Raum aber auch die Gefahr der Normalisierung bei der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft.

17 Vorfälle wurden an Bildungseinrichtungen dokumentiert, wovon die meisten an Hochschulen und Schulen stattfanden. Gerade hier erschüttern sie das Sicherheitsgefühl der Betroffenen, weil es sich hier um Orte handelt, die nicht oder kaum gemieden werden

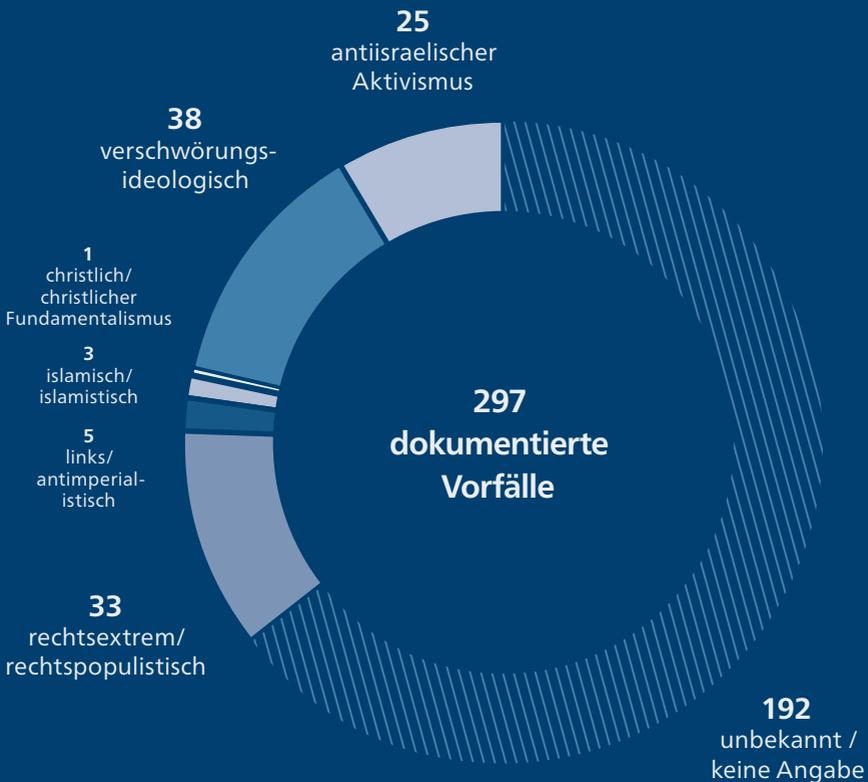
können. Dies gilt umso mehr für Vorfälle im privaten Wohnumfeld, das als persönlicher Rückzugsort fungiert. Das Wohnumfeld war in 9 Fällen Tatort.

Erstmalig wurden 2023 4 Vorfälle dokumentiert, bei denen Synagogen Tatorte waren. Daneben ereigneten sich 51 Vorfälle an Gedenkortern – eine Zahl, die die kontinuierlichen Angriffe auf die Erinnerungskultur in Thüringen unterstreicht.

In Gewerbe, Gastronomie und Geschäftsstellen wurden weitere 10 Vorfälle dokumentiert.

Aus dem digitalen Raum dokumentiert RIAS Thüringen dann Vorfälle, wenn Personen oder Institutionen aus Thüringen direkt von Antisemitismus betroffen sind. Hierzu zählen E-Mails oder Direktnachrichten und Kommentare in den sozialen Medien. 2023 wurden 49 Fälle aus dem Internet gemeldet. Viele dieser Vorfälle fanden nach dem 7. Oktober statt und waren aggressive antisemitische Reaktionen auf israelsozialistische Bekundungen von Thüringer Institutionen und Einzelpersonen.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund



In 192 der dokumentierten Vorfälle (65 %) konnten keine Aussagen über den politisch-weltanschaulichen Hintergrund getroffen werden, weil nicht genügend oder keine Informationen zu den Täter*innen vorlagen. Dass 2023, anders als im Vorjahr (2022: 13 %), weitaus weniger Vorfälle einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund eindeutig zugeordnet werden konnten, ist in dem massiv gesunkenen Anteil von Massenzuschriften begründet. Diese offenbaren das Weltbild der Verfasser in zumeist sehr umfangreichen Texten, was die Zuordnung in dieser Kategorie vereinfacht.

Auch 2023 war der Anteil verschwörungsideologischer Hintergründe unter den Vorfällen, die eindeutig einem politisch-weltanschaulichen Kontext zugeordnet werden konnten, am größten. 38 Fälle (13 %) wurden hier dokumentiert. Auch 2023 waren hier gängige Verschwörungsnarrative jene rund um die Covid-19-Pandemie, wie auch solche, die den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als eine jüdische Verschwörung fantasierten. Neu hinzu kamen Verschwörungsnarrative, die beispielsweise den Terrorangriff der Hamas als von Israel fingiert erklärten.

In 33 Fällen (11 %) wurde ein rechts-extremer oder rechtspopulistischer Hintergrund dokumentiert. Dass in dieser Kategorie eine weiterhin nur so geringe Anzahl an Zuordnungen stattgefunden hat, hängt auch damit zusammen, dass antisemitische Vorfälle, die einen

rechtsextremen Hintergrund vermuten lassen, sich in den meisten Fällen ohne Zeug*innen des Tathergangs ereignen (etwa im Fall von gezielter Sachbeschädigung). Aus diesem Grund können die Täter*innen meist nicht ermittelt werden und es kann entsprechend keine sichere Aussage über deren weltanschaulichen Hintergrund bzw. ihre Tatmotivation getroffen werden.

5 Vorfälle ließen auf einen links-antiimperialistischen Kontext, 3 auf einen islamisch/islamistischen Hintergrund und 1 auf einen christlich-fundamentalistischen Hintergrund schließen. Alle diese Vorfälle ereigneten sich im Kontext des Terrorangriffs der Hamas auf Israel. In diesem Zusammenhang kam es auch zu 25 Vorfällen (8%), die dem israelfeindlichen Aktivismus zuzuordnen sind.

Analysen



Schwerpunkt: Antisemitismus nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel

Am 7. Oktober 2023 ermordeten Terroristen der Hamas und weiterer Terrororganisationen in mehreren Massakern 1.139 Menschen in Israel, verschleppten mindestens 240 Personen als Geiseln nach Gaza und feuerten Tausende Raketen auf Israel ab. Über 5.000 Menschen wurden bei dem Angriff verletzt. Die Massaker waren von Vergewaltigungen, Verstümmelungen und Folter durch die Terroristen gekennzeichnet, die ihre Taten filmten und – teils live – im Internet verbreiteten.

Welche massiven Auswirkungen der Terrorangriff der Hamas nicht nur deutschlandweit, sondern auch in Thüringen auf die Bereitschaft zur Äußerung von Judenhasse hat, zeigt die Vorfalldatenbank für das Jahr 2023: 125, also 42 % aller von RIAS Thüringen dokumentierten Vorfälle ereigneten sich nach dem 7. Oktober. Wie bereits die Covid-19-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellen auch der Terrorangriff der Hamas auf Israel sowie das daraus resultierende Kriegsgeschehen in Gaza eine Gelegenheitsstruktur für Antisemitismus dar. Im Unterschied zu den beiden erstgenannten Ereignissen war der Terrorangriff der Hamas allerdings bereits selbst ein antisemitisches Pogrom mit genozidalem Charakter, das noch am Tag seines Geschehens weltweit Ausgangspunkt für eine anhaltende Welle von Antisemitismus wurde. Dass aktuelle Konflikte in Nahost eine Gelegenheitsstruktur für Antisemitismus bilden, ist kein neues Phänomen. Nach dem 7. Oktober sank die Zahl antisemitischer Vorfälle allerdings bis zum Jahresende nicht und hielt sich auch darüber hinaus auf erstaunlich hohem Niveau. Allein 84 dieser gemeldeten Vorfälle (28 %) standen in direktem Zusammenhang mit dem Terrorangriff der Hamas. Es ist davon auszugehen, dass zahlreiche weitere Vorfälle, die nach dem 7. Oktober gemeldet wurden, ebenfalls vor diesem Hintergrund stattgefunden haben und die Zahl der nicht gemeldeten Vorfälle weitaus höher ist.

Die Gewaltexzesse und die hohen Opferzahlen der Massaker wirkten sich also nicht etwa aus Betroffenheit und Solidarität gegenüber den Opfern negativ auf die Zahl antisemitischer Vorfälle aus, sondern waren im Gegenteil Ausgangspunkt für viele weitere antisemitische Straftaten und Äußerungen, die unter dem Vorwand der Kritik an der israelischen Regierung begangen bzw. getätigt wurden.

In Abgrenzung zur legitimen Kritik an der israelischen Regierung liegt israelbezogener Antisemitismus dann vor, wenn dem jüdischen Staat das Existenzrecht und das Recht auf Selbstverteidigung abgesprochen wird (Delegitimierung), wenn Israel mit anderen Maßstäben gemessen wird als andere Nationalstaaten (Doppelte Standards) oder die israelische Politik dämonisiert wird, etwa indem sie mit dem Nationalsozialismus verglichen wird (Dämonisierung). Auch wenn Jüdinnen*Juden weltweit für die Politik Israels verantwortlich gemacht werden oder der Staat mit traditionell antisemitischen Stereotypen belegt wird, handelt es sich um Erscheinungsformen des Antisemitismus.¹

Eben diese Ausdrucksformen fanden sich in der Thüringer Öffentlichkeit seit dem 7. Oktober 2023 massenhaft wieder. Speziell die Zahl israelbezogen-antisemitischer Vorfälle stieg sprunghaft an. Während RIAS Thüringen im gesamten Jahr 2022 lediglich 3 Fälle von israelbezogenem Antisemitismus gemeldet wurden, dokumentierte die Meldestelle für das Jahr 2023 103 israelbezogen-antisemitische Vorfälle, von denen sich 78 seit dem 7. Oktober ereigneten. Häufig verschränkte sich der israelbezogene Antisemitismus dabei mit weiteren antisemitischen Erscheinungsformen.

Die Äußerungsformen, Orte und Milieus der in diesem Zusammenhang dokumentierten Vorfälle waren dabei äußerst vielfältig und spiegeln die heftige gesamtgesellschaftliche

¹ Reinharz, Jehuda/Schwarz-Friesel, Monika (2013):
Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin.

Reaktion auf den Terrorangriff der Hamas wider. Die im Folgenden vorgestellten Fälle sollen beispielhaft das breite Spektrum dieser antisemitischen Reaktionen auf den 7. Oktober und gleichzeitig die massiven negativen Auswirkungen auf den Alltag jüdischer Menschen verdeutlichen.

In Thüringen fanden antisemitische Reaktionen in den ersten Tagen nach dem Terrorangriff der Hamas nicht in Form von Demonstrationen oder anderen Versammlungen im öffentlichen Raum statt, sondern zeigten sich massenhaft im Internet als Antworten auf israelsolidarische Äußerungen von Thüringer Politiker*innen, Institutionen und Privatpersonen. Dabei fällt auf, dass bereits unmittelbar nach dem Massaker an der jüdischen Zivilbevölkerung Bekundungen von Empathie und Solidarität Widerspruch fanden und in zahlreichen antisemitischen Äußerungen eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben wurde, indem Israel die Schuld für den Terrorangriff der Hamas zugewiesen wurde.

Online, 7.10.2023

Auf einen israelsolidarischen Social-Media-Post des Thüringer Ministerpräsidenten antwortet eine Person: „Es gibt ein Recht darauf sein Land zu verteidigen! Wenn also jemand das Land der Palästinenser raubt, und diese unterdrückt, haben diese jedes Recht zu Gewalt. Das nennt man Dekolonialisierung.“

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; israelbezogener Antisemitismus

Aussagen wie diese rechtfertigen die durch die Terroristen begangene Ermordung, Verstümmelung, Vergewaltigung und Folter jüdischer Zivilist*innen und bagatellisieren diese Verbrechen unter falscher Bezugnahme auf den Begriff „Dekolonialisierung“. Zugrunde liegt die falsche Vorstellung, dass Israel eine Kolonie sei, die auf palästinensischem Boden entstanden sei – eine Form der Delegitimierung Israels. De facto gibt es aber kein koloniales Mutterland, das Israel als Kolonie errichtet hätte und keinen palästinensischen Staat, der kolonisiert worden wäre. Jüdinnen*Juden haben ebenso wie Araber*innen immer auf dem geografischen Gebiet, das als Palästina

bezeichnet wird, gelebt. Palästina gehörte bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zum Osmanischen Reich und stand nach dessen Zusammenbruch unter britischer Mandats Herrschaft. Das Judentum ist historisch und religiös tief in diesem Gebiet verwurzelt. Die dortige Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 erfolgte in Reaktion auf die Shoah und als Antwort auf die Forderung nach einem sicheren Staat für Jüdinnen*Juden weltweit. Der bereits im Jahr 1947 unterbreitete UN-Teilungsplan für Palästina, der die Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates sowie Jerusalem unter UN-Verwaltung vorsah, wurde von der arabischen Seite abgelehnt. Die Selbstbezeichnung von Araber*innen, die in Palästina lebten, als Palästinenser etablierte sich erst seit den 1960er-Jahren. Zuvor waren auch dort lebende Jüdinnen*Juden so bezeichnet worden. Israel ist entsprechend keineswegs eine Kolonie und sein Staatsgebiet wurde nicht geraubt. Im Gegenteil handelt es sich um einen souveränen Staat, der seit seiner Gründung im Völkerbund aufgenommen wurde und damit weltweit als legitim anerkannt ist.

Online, 12.10.2023

Unter einem israelsolidarischen Post einer Thüringer Politikerin auf Instagram wurde ein antisemitischer Kommentar gepostet: „Fuck any and all types of Zionists and their followers, you anti-faschist shit, shameful“.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; israelbezogener Antisemitismus

Der Begriff „Zionismus“ bezeichnet eine im 19. Jahrhundert entstandene Bewegung, die sich für die Selbstbestimmung von Jüdinnen*Juden in einem souveränen jüdischen Nationalstaat einsetzt. Diese Bewegung war und ist eine Reaktion auf den Juden Hass, die Verfolgung und Ermordung, denen jüdische Menschen über viele Jahrhunderte ausgesetzt waren. Kern dieser politischen Haltung ist heute das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels als jüdischem Nationalstaat und einzigem Schutzraum für Jüdinnen*Juden weltweit. Das Wort „Zionismus“ wird von antiisraelischen Aktivist*innen seit Langem im Sinne einer Umwegkommunikation verwendet. Statt von

„Juden“ zu sprechen, bedienen sich entsprechende Akteur*innen des Wortes „Zionisten“, um sich selbst vom Antisemitismusvorwurf zu entlasten. Im Hinblick auf die eigentliche Bedeutung des Wortes „Zionismus“ ist Antizionismus allerdings nichts anderes als Antisemitismus, denn Israel wird hier das Existenzrecht und Jüdinnen*Juden ihr Selbstbestimmungsrecht abgesprochen. Nach dem 7. Oktober wurde diese Umwegkommunikation immer wieder auf Demonstrationen, im akademischen Kontext und auch in Form von schriftlichen und mündlichen Äußerungen im privaten und öffentlichen Raum wahrgenommen. Dabei wurde zumeist zum Kampf gegen den Zionismus bzw. Zionist*innen aufgerufen. Häufig wurden Gleichsetzungen von Zionismus und Faschismus gemeldet, was neben dem israelbezogenen Antisemitismus auch der Erscheinungsform des Post-Shoah-Antisemitismus zuzuordnen ist. Gleiches gilt für die Dämonisierung Israels durch den Vorwurf, Zionist*innen hätten schon im NS mit den Nationalsozialist*innen kollaboriert. Es handelt sich hier um eine Verschwörungserzählung, die nicht nur auf Demonstrationen antiisraelischer Aktivist*innen, sondern bereits vor dem 7. Oktober von rechtsextremen Akteur*innen rezipiert wurde.

Online, 7.10.2023

Auf einen Post des Thüringer Ministerpräsidenten, in dem dieser Solidarität für Israel bekundet und fordert, antwortet eine Person: „nein! Niemals vollste Solidarität mit einem Apartheidstaat. Solidarität mit den Menschen in Palästina, welche am stärksten unter den Angriffen leiden (werden).“

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; israelbezogener Antisemitismus

Der Vorwurf, Israel sei ein Apartheidstaat, ist eine Form der Dämonisierung und Delegitimierung. Seit dem 7. Oktober 2023 wird dieser Vorwurf unter anderem bei Demonstrationen, auf Stickern und im Internet kontinuierlich wiederholt, ist aber faktisch falsch. Der Begriff „Apartheid“ bezog sich ursprünglich auf die in Südafrika gesetzlich festgelegte Rassentrennung zwischen weißen und schwarzen Menschen, die erst 1994 endete. Eine derartige Politik gibt es in Israel nicht.

Alle Staatsbürger*innen – auch Angehörige von Minderheiten – haben in Israel die gleichen Rechte, dürfen wählen und öffentliche Ämter bekleiden. Eine Trennung von jüdischen und nicht-jüdischen Bürgern findet nicht statt. Das Völkerrecht definiert „Apartheid“ als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Vor diesem Hintergrund wird der Apartheidvorwurf gegen Israel unter anderem auch genutzt, um den jüdischen Staat als verbrecherisch zu diffamieren, ihm die Rechtsstaatlichkeit abzuspochen und – wie im dargestellten Beispiel – die Perspektive von den Opfern des Terrorangriffs der Hamas wegzulenken.

Mit derartigen antisemitischen Aussagen waren Jüdinnen*Juden sowie Personen, die sich israelsolidarisch und antisemitismuskritisch äußerten, aber nicht nur im Internet, sondern auch in alltäglichen Situationen wie privaten Gesprächen konfrontiert. Gerade hier wiegt die Erfahrung des Antisemitismus besonders schwer, weil sie zu gesteigerter Unsicherheit und einem Gefühl der Hilflosigkeit führt.

Erfurt, 24.10.2023

Bei einem Feierabendbier unter Arbeitskolleg*innen kommen die Beteiligten auf die Situation in Israel zu sprechen. Eine Person äußert, dass Israel Krankenhäuser bombardiere, Kriegsverbrechen begehe und außerdem ein Apartheidstaat sei.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; israelbezogener Antisemitismus

In der zweiten Oktoberhälfte verlagerte sich der Schwerpunkt der Tatorte in Thüringen aus dem digitalen Raum auf die Straße und in den akademischen Bereich. Gerade im Kontext von Demonstrationen wurden regelmäßig antisemitische Vorfälle gemeldet. Bei jeder der RIAS Thüringen bekannten antiisraelischen Demonstrationen kam es zu antisemitischen Äußerungen und auch am Rande aller israelsolidarischen Versammlungen gab es Meldungen antisemitischer Zwischenfälle. Beispielsweise wurden jüdischen Redner*innen, die über die Gräueltaten der Hamas sprachen, antisemitische Parolen entgegengeschrien.

Hauptträger des antiisraelischen Versammlungsgeschehens waren linke bzw. antiimperialistische Gruppierungen sowie der Thüringer Verein „Kulturbrücke Palästina“, wobei es hier immer wieder zu Kooperationen kam. Bei den antiisraelischen Demonstrationen wurde Israel regelmäßig mit klassischen antisemitischen Argumentationsmustern delegitimiert und dämonisiert. Dazu gehörten die Diffamierung als Apartheid- und Kolonialstaat in Kombination mit dem Vorwurf, Israel beginge Kriegsverbrechen und einen Genozid am palästinensischen Volk. Auf diese Weise wurde bereits kurze Zeit nach dem Terrorangriff der Hamas der Blick von den jüdischen Opfern eines genozidalen Pogroms hin zu den palästinensischen Opfern des daraus resultierenden Kriegsgeschehens in Gaza gelenkt. Dabei wurde immer wieder Propaganda der Terrororganisation Hamas unkritisch übernommen. Ein Beispiel hierfür ist die Explosion am 17. Oktober 2023 in einem palästinensischen Krankenhaus mit hohen Opferzahlen. Die Hamas hatte Israel beschuldigt, das Krankenhaus bombardiert zu haben, unabhängige Untersuchungen ergaben aber einen Monat später, dass die Explosion durch eine fehlgeleitete Rakete der Terrororganisation selbst verursacht wurde.² Zu diesem Zeitpunkt hatte das Propagandanarrativ der Hamas allerdings schon in der allgemeinen Wahrnehmung verfangen, wie diverse antisemitische Äußerungen zeigen, die auf den Vorfall Bezug nahmen.

Erfurt, 19.10.2023

Bei einer antiisraelischen Kundgebung wird Israel vorgeworfen, ein Apartheidstaat zu sein. Ein Redner erklärt: „Hat jemand 1940 von einem Land Israel gehört? Nein! Also dürfen die Palästinenser ihr Land schützen, jeder darf sein Haus schützen.“ Damit delegitimiert er die Existenz des Staates

² Eine Untersuchung von Human Rights Watch und mehrere Geheimdienste kamen Ende November 2023 zu dem Ergebnis, dass die Explosion mit großer Wahrscheinlichkeit nicht von einer israelischen Bombe, sondern vielmehr von einer fehlgeleiteten Rakete, wie sie von der Hamas abgefeuert wurden, verursacht wurde. <https://www.hrw.org/news/2023/11/26/gaza-findings-october-17-al-ahli-hospital-explosion> [28.07.2024].

Israel und rechtfertigt den Terrorangriff der Hamas. Diese Rechtfertigung wird später durch den folgenden Satz unterstrichen: „Das, was jetzt passiert nach einer langen Vorgeschichte, das ist das, was die Menschen in Palästina erleben und dagegen stehen Sie auf.“ Weiterhin wird behauptet: „Die Antwort Israels auf den Angriff der Hamas hat nichts mit dem Angriff zu tun, sondern ist dazu bestimmt, Gaza platt zu machen und sich weiter auszubreiten.“ Damit unterstellt die redende Person, die Selbstverteidigung gegen die Hamas sei nur ein Vorwand, unter dem Israel Gaza zur Umsetzung territorialer Interessen gezielt angreife: „Israel begeht Kriegsverbrechen. Israel bombardiert Krankenhäuser.“ Außerdem wird auf der Demonstration behauptet, sowohl der Krieg in der Ukraine als auch der in Gaza seien Vorbereitungen für einen neuen Weltkrieg: „Wenn wir sagen stoppt den Krieg, meinen wir auch, dass die Vorbereitungen für einen neuen Weltkrieg gestoppt werden sollen.“ Das Verschwörungsnarrativ, ungenannte Eliten würden die Weltpolitik und Kriege zuungunsten der Bevölkerung steuern, ist ein klassisch antisemitisches.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; israelbezogener Antisemitismus, moderner Antisemitismus



▲ Erfurt, 19.10.2023

▼ Weimar, 21.10.2023



Weimar, 21.10.2023

Auf einer sogenannten „Mahnwache“, auf der zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk aufgerufen wird, bezeichnen redende Personen Israel als Apartheid- und als Kolonialstaat. Außerdem hieße Frieden, dass die Besetzung Palästinas aufgelöst werden und das internationale Recht auf Rückkehr gewährleistet sein müsse. Damit wird auf eine zentrale Forderung der BDS-Kampagne (Boycott, Divestment, Sanctions) Bezug genommen: das Rückkehrrecht aller Palästinenser*innen, die während des Unabhängigkeitskrieges 1948 geflohen waren, und aller ihrer Nachkommen. Diese Forderung ist einer Abschaffung Israels als einzigem jüdischen Staat und Schutzraum weltweit gleichzusetzen, weil die Zahl der palästinensischen Nachkommen auf mehrere Millionen geschätzt wird und Jüdinnen*Juden in Israel somit nicht mehr die gesellschaftliche Mehrheit bilden würden. Weiterhin wird gefordert: „Der Täter [gemeint ist Israel] muss Rechenschaft ablegen.“ Indem Israel generell als „Täter“ bezeichnet wird, findet eine Dämonisierung des jüdischen Staates statt und vor dem Hintergrund des 7. Oktober wird eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben, weil das Recht auf Selbstverteidigung hier negiert wird. Daneben werden verschiedene Plakate mitgeführt, die Israel ebenfalls als Staat delegitimieren. Darauf ist unter anderem zu lesen: „Raub von Palästinensischen Boden“ sowie „Palästina=26.990 qm²“. Beides suggeriert, der Staat Israel befinde sich illegitim auf palästinensischem Gebiet und somit wird Israels Existenzrecht negiert. Auch auf die vermeintliche Bombardierung eines palästinensischen Krankenhauses am 17. Oktober wird Bezug genommen: „Bombardierung von Krankenhäusern ist keine Heldentat sondern Kriegsverbrechen“.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; israelbezogener Antisemitismus

Auch im akademischen Umfeld kam es seit der zweiten Oktoberhälfte zunehmend zu antisemitischen Äußerungen und im Verlauf des Novembers und Dezembers zu Kampagnen, bei denen Flyer, Plakate und Sticker mit antisemitischen Inhalten systematisch in und vor den Räumlichkeiten von Thüringer Universitäten und Fachhochschulen verbreitet wurden. Daneben wurden in und an Gebäuden der akademischen Institutionen immer wieder antisemitische Schmierereien angebracht und auch in Seminaren und anderen Veranstaltungen kam es zu antisemitischen Äußerungen sowohl von Studierenden als auch von Lehrenden. Inhaltlich unterschieden sich die antisemitischen Vorfälle im wissenschaftlichen Umfeld nicht von denen aus anderen Kontexten. Klassische antisemitische Stereotype und Verschwörungsmythen wurden hier ebenso reproduziert wie anderswo.

Insgesamt entstand so schnell ein Klima, das jüdische Studierende und Mitarbeitende als bedrohlich empfinden und aufgrund dessen sie mehr als noch vor dem 7. Oktober darauf achten, nicht als jüdisch erkennbar zu sein. Viele Betroffene berichteten, dass sie sich in dieser Situation hilflos und von der Institution nicht geschützt fühlen.

Weimar, 18.10.2023

Vor einer Mensa wird ein Din A4-Zettel mit der Aufschrift „Holocaust. 1000 killed in Israeli strike on hospital in Gaza. 17 October 2023 #Free_Palestine“ entdeckt. Indem die Lüge, Israel habe bewusst ein palästinensisches Krankenhaus angegriffen, mit dem Begriff „Holocaust“ verbunden wird, findet eine Gleichsetzung mit der Shoah statt. Der industriell umgesetzte Massenmord an Millionen Jüdinnen*Juden steht jedoch bis heute außerhalb jedes Vergleichs. Die hier vorgenommene Gleichsetzung ist daher als eine Form des Post-Shoah-Antisemitismus zu werten.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; israelbezogener Antisemitismus, Post-Shoah-Antisemitismus

Holocaust

**1000 killed in Israeli strike
on hospital in Gaza**

17 October 2023

#Free_Palestine

Weimar, 18.10.2023 ▲

Jena, 27.11.2023

In einer Hochschule werden Flugblätter an den Innenseiten zahlreicher Toilettentüren entdeckt. Auf diesen Flugblättern werden (vermeintliche) Bilder von Kindern aus dem Gaza-Streifen gezeigt, die an einem dort ebenfalls angezeigten Datum durch Israel ermordet worden sein sollen. Über den Kinderfotos steht: „Murdered by ISRAEL“, darunter: „Since its creation in 1948, Israel has comitted the most atrocious crimes on the Palestinian population. Murders and brutalities that extend far beyond from October 7th. As the world silently watches a systematic genocide, we will continue to raise our voices and our stories, – of murder, mutilation, targeted attacks on civilians and the grim reality of a ruthless and bloody apartheid.“ Am unteren Rand steht der Hashtag „MurderedbyIsrael“ – eine zynische Abwandlung des Hash-tags „KidnappedfromIsrael“. Letzterer findet sich auf Plakaten mit Bildern der von der Hamas entführten Geiseln, deren Aufbau auf diesen Flugblättern kopiert und inhaltlich ins Gegenteil verkehrt wird. Dabei ist es kein Zufall, dass es ausgerechnet Kinderfotos sind, die unter dem Titel stehen. Es wird hier klar das antisemitische Stereotyp des „Kindermörders“ heraufbeschworen. Jüdinnen*Juden sind – so suggeriert es das Flugblatt – keine Opfer, sondern Täter*innen. Der Staat Israel wird dämonisiert, was durch die Diffamierung als Apartheidstaat zusätzlich unterstrichen wird. Gleichzeitig werden die Massaker der Hamas verharmlost und die Opfer verhöhnt, indem Israel unterstellt wird, weit größere Verbrechen begangen zu haben.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; israelbezogener Antisemitismus

Das Bild des „Kindermörders“ gehört zu den klassischen antisemitischen Stereotypen. Es beruht auf der mittelalterlichen Ritualmordlegende, die Jüdinnen*Juden den rituellen Mord an nicht-jüdischen Kindern unterstellte und fabulierte, diese würden dann das Blut der ermordeten Kinder trinken. Dieses Stereotyp des „Kindermörders“ wurde über die Jahrhunderte immer wieder aufgegriffen und wird auch heute in aktualisierter Form reproduziert. Dazu gehört die Unterstellung, Israel

Jena, 27.11.2023 ►



töte gezielt palästinensische Kinder, die der Dämonisierung des jüdischen Staates dient. Da die Polizei nach dem 7. Oktober zunächst bei Demonstrationen begann, die Verwendung des Wortes „Kindermörder“ zu verbieten und zu ahnden, waren schnell Umwegkommunikationen zu beobachten. So wurde wie im Beispiel der Flugblätter das zusammengesetzte Substantiv vermieden und stattdessen durch die Kombination aus Bild und Text die gleiche Bedeutung evoziert.

Auch zahlreiche antisemitische Verschwörungserzählungen kursierten nach dem 7. Oktober nicht nur auf Demonstrationen und im Internet, sondern eben auch an höheren Bildungseinrichtungen. So wurde teilweise behauptet, Israel habe das Massaker der Hamas nur fingiert und es habe in Wirklichkeit gar nicht stattgefunden. Teilweise unterstellt man aber auch, die israelische Regierung habe das Massaker an der eigenen Bevölkerung beauftragt. In beiden Narrativen sei das Ziel Israels gewesen, einen Vorwand zu kreieren, um das palästinensische Volk auszulöschen. Ebenso wurde die Vorstellung, Jüdinnen*Juden seien weltweite Kriegstreiber und kontrollierten sowohl andere Staaten als auch die westlichen Medien, immer wieder bedient.

Jena, 6.12.2023

Bei einer Podiumsdiskussion an einer Hochschule gibt es mehrere antisemitische Äußerungen aus dem Publikum. Eine Person äußert, man könne nicht von Konflikt reden, wenn Israel 6000 Kinder ermorde. Mit der Aussage wird das antisemitische Stereotyp des „Kindermörders“ bedient. Eine andere Person behauptet, es gebe Beweise dafür, dass das israelische Militär die eigene Bevölkerung massakriert habe. Diese würden die Medien nur bewusst zurückhalten. Hierbei handelt es sich um ein vielfach wiederholtes antisemitisches Verschwörungsnarrativ, demzufolge Israel die Massaker der Hamas selbst inszeniert habe, um einen Vorwand für die Auslöschung der Palästinenser*innen zu kreieren. Auch die Vorstellung, Jüdinnen*Juden würden die Medien kontrollieren, ist ein klassisches Verschwörungsnarrativ des modernen Antisemitismus.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; israelbezogener Antisemitismus, moderner Antisemitismus

Weimar, 5.12.2023

An einer Mensa ist eine Schmiererei angebracht worden. In arabischer Schrift ist „Min al-Bahr ila an-Nahr“ (dt. „Vom Meer bis zum Fluß“) an die Hauswand geschrieben. Der Satz bezieht sich auf die antisemitische Parole „From the River to the Sea, Palestine will be free“ und delegitimiert Israel, indem er suggeriert, das gesamte Gebiet des jüdischen Staates (zwischen dem Fluss Jordan und dem Mittelmeer) sei eigentlich palästinensisches Gebiet.

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung; israelbezogener Antisemitismus

Jüdinnen*Juden in Thüringen waren und sind in dieser Situation in vielerlei Hinsicht massiv belastet. Der 7. Oktober wird von der jüdischen Community als eine Zäsur wahrgenommen, nach der sich die Welt für Jüdinnen*Juden verändert hat. Der einzige Schutzraum für jüdische Menschen weltweit, den der Staat Israel seit seiner Gründung darstellt, ist als solcher nicht mehr uneingeschränkt gegeben. Darüber hinaus stehen



▲ **Weimar,**
5.12.2023

viele jüdische Menschen in Kontakt mit Verwandten oder Freund*innen in Israel, die von dem Terrorangriff unmittelbar betroffen sind. Zugleich sehen sie sich seither einer Flut antisemitischer Äußerungen und Handlungen gegenüber, die sich in den schlimmsten Fällen direkt gegen jüdische Einrichtungen oder Personen richten. Gerade im Umfeld jüdischer Einrichtungen entfalten antisemitische Vorfälle ihre größtmögliche negative Wirkung, weil die Betroffenen so keine Schutzräume und sicheren Rückzugsmöglichkeiten mehr haben.

Erfurt, 11.11.2023

An der Neuen Synagoge in Erfurt haben zwei Männer Papierstücke angezündet, die am Eingang des Gebäudes an den Krieg in Israel erinnern. Die Polizei nahm die mutmaßlichen Täter in der Nacht zu Sonntag vorläufig fest. Auf den Zetteln hatten Menschen ihre Solidarität mit Israel ausgedrückt.

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung;
israelbezogener Antisemitismus

Erfurt, 12.11.2023

Unbekannte haben „Vive Palestine, Fuck Israel“ neben den Haupteingang der Synagoge geschmiert. Indem der Satz an ein jüdisches Gebäude geschrieben wurde, werden deutsche Jüdinnen*Juden mit dem Staat Israel gleichgesetzt. Eine Synagoge hat nichts mit dem Staat Israel, seiner Politik oder seiner Regierung zu tun. Daher liegt es nahe, das Israel hier die Projektionsfläche für bereits vorhandenen Antisemitismus darstellt. Die negative Wirkung einer solchen Schmiererei auf die Mitglieder der Gemeinde, die die Synagoge besuchen, ist besonders stark, denn so steht für sie auch die Sicherheit während der Ausübung ihrer Religion infrage.

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung; israelbezogener Antisemitismus

Dass sich gerade der israelbezogene Antisemitismus seit der zweiten Oktoberhälfte in Thüringen übermäßig stark im öffentlichen Raum zeigt, erhöht die Belastung für jüdische Menschen zusätzlich. Seit November 2023 kam es von antiisraelischen Aktivist*innen zu einer starken Raumnahme durch stetige Verbreitung von antisemitischen Stickern an Laternen, Straßenschildern und Gebäuden sowie Graffiti in öffentlichen Parks und auf der Straße. Auch die Plakate mit Bildern der entführten jüdischen Geiseln wurden regelmäßig beschädigt, abgerissen und in einem besonders schwerwiegenden Fall mit „alle Juden lügen“ überschmiert. Gesichter und Namen der Opfer werden durch die Beschädigung und das Abreißen unsichtbar gemacht, daher sind die Angriffe auf diese Plakate als eine positive Bezugnahme auf die Geiselnahmen und die damit verbundenen Gewalttaten zu verstehen.

Jena, 2.11.2023

An einer Mauer wurden Plakate abgerissen, die auf die von der Hamas in den Gaza-Streifen verschleppten Geiseln aufmerksam machten.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; israelbezogener Antisemitismus

Jena, 8.12.2023

An einem Laternenmast wird ein Sticker entdeckt, der die Figur Handala zeigt. Die Comicfigur steht für den palästinensischen Widerstand und ist Maskottchen der BDS-Kampagne. Neben Handala ist der Umriss des geografischen Gebietes des Staats Israel gefüllt mit den Farben der palästinensischen Flagge zu sehen. Diese Darstellung ist die bildliche Entsprechung der Parole „From the River to the Sea“ und spricht Israel ebenso das Existenzrecht ab. Sie suggeriert, dass das gesamte Gebiet Israels eigentlich palästinensisches Gebiet ist. Damit liegt hier eine Form der Delegitimation vor.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; israelbezogener Antisemitismus

Jena, 8.12.2023 ▶



▼ Jena, 2.11.2023



Schwerpunkt: Zunehmende Angriffe auf die Erinnerungskultur und Post-Shoah-Antisemitismus in Thüringen

Auch wenn die Ereignisse des 7. Oktober im letzten Quartal 2023 das Vorfallesgeschehen in Thüringen dominierten und zu einem explosionsartigen Anstieg des israelbezogenen Antisemitismus führten, blieb der Post-Shoah-Antisemitismus mit 48 % der Vorfälle die 2023 am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform im Freistaat. Damit liegt Thüringen noch immer weit über dem bundesweiten Schnitt, demzufolge der Anteil von Post-Shoah-Antisemitismus 34 % aller antisemitischen Vorfälle in Deutschland ausmacht.

Dabei zeigt die RIAS-Statistik, dass gerade die Angriffe auf die Erinnerungskultur weiter zugenommen haben und im Verlauf des Jahres aggressiver wurden. 57 derartige Angriffe wurden RIAS Thüringen im Verlauf des Jahres gemeldet. Das entspricht 19 % der Gesamtvorfälle und ist eine deutliche Steigerung zum Vorjahr, in dem es nur 5 % waren. Sowohl die Fälle von Post-Shoah-Antisemitismus im Allgemeinen als auch die Angriffe auf die Erinnerungskultur im Speziellen waren dabei in ihrem Auftreten sehr gleichmäßig auf das Jahr verteilt. Der Terrorangriff der Hamas war also als Gelegenheitsstruktur für diese Form von Antisemitismus weniger bedeutsam. Stattdessen scheint die Verherrlichung, Verharmlosung und Verleugnung der Shoah sowie die Ablehnung der Erinnerung daran thüringenweit eine bedauerliche Kontinuität zu haben. Entsprechende Vorfälle wurden auch 2023 aus dem gesamten Gebiet des Freistaates dokumentiert.

Ein rechtsextremer/rechtspopulistischer Täter*innenhintergrund ist in vielen Fällen zu vermuten, konnte aber nur in 15 % aller Vorfälle des Post-Shoah-Antisemitismus eindeutig dokumentiert werden. Dies ist auch auf die Tatsache

zurückzuführen, dass Beschädigungen von Gedenkortern und das Anbringen von antisemitischen Schmierereien zumeist ohne Zeug*innen stattfinden, sodass keine klaren Rückschlüsse auf den politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Täter*innen gezogen werden können. Andererseits wurden knapp zwei Drittel aller Vorfälle aus einem rechtsextremen Kontext dem Post-Shoah-Antisemitismus zugeordnet. Diese Quantität der Verbindung von Rechtsextremismus und Post-Shoah-Antisemitismus ist signifikant.

Die Spielarten von Post-Shoah-Antisemitismus waren auch 2023 sehr vielfältig, wobei Gedenkstätten, -orte und -veranstaltungen besonders häufig Angriffen und Störungen ausgesetzt waren. Im Folgenden sollen einige Beispiele ein Bild dieser sich regelmäßig ereignenden antisemitischen Handlungen und Äußerungen zeichnen.

Verharmlosungen der Shoah fanden in der ersten Jahreshälfte 2023 erneut vielfach in Verbindung mit der Thematisierung der Covid-19-Pandemie statt. Die inzwischen bekannte Verwendung von gelben Sternen, in deren Zentrum das Wort „Ungeimpft“ steht, setzte sich fort. Diese Sterne imitieren die sogenannten „Judensterne“, eine Zwangskennzeichnung für Jüdinnen*Juden im Nationalsozialismus mittels gelber Sterne, in deren Zentrum das Wort „Jude“ stand. Sie sind untrennbar mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen verbunden und ihre abgewandelte Verwendung ist als eine Verhöhnung des Leids jüdischer Opfer zu bewerten. Sie wurden beispielsweise auf Plakaten und in Form von Armbändern gesichtet. Impfgegner*innen und Pandemieleugner*innen setzen sich mit den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus gleich und relativieren so die Shoah. Dass dieser Haltung auch eine Schuld- und Erinnerungsabwehr inhärent ist, zeigte sich besonders deutlich an zwei Vorfällen, die sich gegen die Gedenkstätte Buchenwald richteten:

Weimar, 14.1.2023

Auf einem Neujahrsgruß der Gedenkstätte Buchenwald wird ein Zettel mit antisemitischem Inhalt entdeckt. Auf dem Zettel steht in großen Buchstaben und unterstrichen „Heuchler“ und darunter „75 Jahre behaupten ‚Nie wieder‘ und im Jahr 76 dann ganz vorne mit dabei! #RKI #Massenexperiment“. Die Aussage verharmlost die nationalsozialistischen Massenverbrechen, indem sie die Covid-19-Pandemie sowie die damit verbundene Impfkampagne mit der Shoah gleichsetzt. Gleichzeitig wird durch die Hashtags ein Verschwörungsnarrativ aufgegriffen, demzufolge die Impfkampagne ein medizinisches Experiment an der Bevölkerung gewesen sein soll. Häufig werden in diesem Zusammenhang Jüdinnen*Juden als Drahtzieher dieser Verschwörung gesehen. In diesem Fall wird stellvertretend die Gedenkstätte angegriffen, der mit der Aussage „im Jahr 76 ganz vorne mit dabei“ eine Beteiligung an vermeintlichen Verbrechen durch Massenexperimente vorgeworfen wird. Es findet hier also implizit eine Täter-Opfer-Umkehr statt. Damit verweist die Äußerung deutlich ins verschwörungsideologische Milieu und ist neben dem Post-Shoah-Antisemitismus auch dem modernen Antisemitismus zuzuordnen.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; Post-Shoah-Antisemitismus, moderner Antisemitismus

Weimar, 28.8.2023

Bei einer Veranstaltung im Rahmen eines Kunstfestes wird der ermordeten Menschen in Buchenwald gedacht und deren Namen verlesen. Ein Redner aus dem Umfeld der populistischen, verschwörungsideologisch und rechtsextrem geprägten Montagsdemonstrationen stört das Gedenken, indem er durch ein Megafon die Namen von vermeintlichen Opfern der Covid-19-Impfung in Richtung der Veranstaltenden brüllt. Die Aggressivität, mit der die Gedenkveranstaltung gestört wird, zeigt eine deutliche Abwehr der Erinnerung an die Shoah. Gleichzeitig werden die vermeintlichen Opfer der Impfkampagne aber mit den Opfern der Shoah in Beziehung gesetzt.

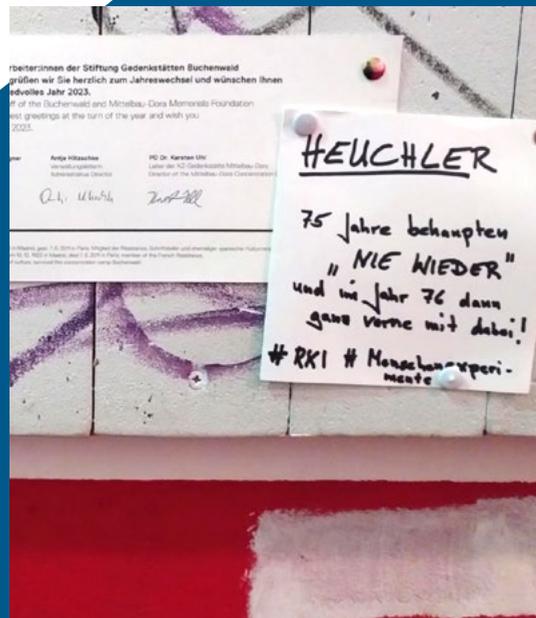
Kategorisierung: verletzendes Verhalten; Post-Shoah-Antisemitismus

Die Beispiele zeigen deutlich eine grundlegende Haltung, die im Post-Shoah-Antisemitismus zu finden ist: die Verbindung aus Schuldabwehr und Täter-Opfer-Umkehr. Der Wunsch nach einer ausschließlich positiv konnotierten deutschen Identität und die entsprechende Verweigerung, sich mit den Verbrechen der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen, führen zu einer ablehnenden Haltung gegenüber Jüdinnen*Juden als Opfern der Shoah. In der Konsequenz wird die Erinnerung an sie angegriffen und sie werden zu Täter*innen erklärt.

▼ Weimar, 28.8.2023



▼ Weimar, 14.1.2023



Weimar, 8.8.2023

An die Wand eines Wohnhauses steht mit schwarzem Stift „Juden sind Täter“ geschrieben. Der Satz betreibt eine Täter-Opfer-Umkehr und wehrt damit die deutsche Schuld an den nationalsozialistischen Massenverbrechen ab.

Der Satz wird inzwischen seit mehreren Jahren immer wieder in derselben Handschrift in der Innenstadt von Weimar entdeckt. Häufig werden Plakate mit Bezügen zu jüdischen Veranstaltungen oder der Erinnerungskultur damit beschmiert. Teilweise wurde der Satz aber auch wie hier auf Mauern oder Litfaßsäulen und in einem Fall vor einer Buchhandlung angebracht. Die Regelmäßigkeit, in der der oder die Täter*innen vorgehen, zeigt eine besondere Aggressivität und deutet auf eine tief verwurzelte Ablehnung gegen die deutsche Erinnerungskultur beziehungsweise Jüdinnen*Juden hin. Allein im Jahr 2023 wurde RIAS Thüringen dieser Schriftzug 21 Mal aus Weimar gemeldet. Trotz zahlreicher Anzeigen bei der Polizei konnten der oder die Täter*innen bislang nicht ermittelt werden.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; Post-Shoah-Antisemitismus



◀ Weimar, 8.8.2023

Altenburg, 16.3.2023

In Altenburg wurde über eine Gedenktafel mit roter Farbe ein Hakenkreuz und „Völkermörder Israel“ gesprüht. Die Gedenktafel erinnert an den jüdischen Gebetsaal, der sich an der dortigen Stelle befand, und die im NS deportierten und ermordeten jüdischen Bürger*innen der Stadt. Der Vorfall zeigt eine komplexe Verschränkung von Post-Shoah-Antisemitismus und israelbezogenem Antisemitismus, die auf eine Täter-Opfer-Umkehr abzielt. Das Hakenkreuz mitten auf der Gedenktafel ist ein klarer Angriff auf die Erinnerung an die Shoah und eine Verhöhnung der Opfer. Gleichzeitig wird im Zusammenspiel mit dem Satz „Völkermörder Israel“ eine Gleichsetzung zwischen der Shoah und dem Nahostkonflikt hergestellt. Israel wird als Völkermörder dämonisiert. Diese Unterstellung relativiert die Shoah und stellt deren Singularität infrage. An einem Ort, der an die Opfer der Shoah erinnert, wird Israel stellvertretend für Jüdinnen*Juden als Täter diffamiert. Entsprechend wird hier auch eine Schuldabwehr betrieben.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; Post-Shoah-Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus

▼ Altenburg 16.3.2023



Generell wurden gerade Orte des Gedenkens an die von den Nationalsozialist*innen ermordeten Jüdinnen*Juden auch 2023 immer wieder angegriffen. So wurden im Verlauf des Jahres wiederholt Stolpersteine unkenntlich gemacht und beschädigt. Stolpersteine gelten in ihrer Gesamtheit als das größte dezentrale Mahnmal der Welt. Die Beschädigung von Stolpersteinen ist eine deutschlandweit verbreitete Form von Angriffen auf die deutsche Erinnerungskultur. Die Opfer der Shoah werden durch solche Vorfälle erneut gedemütigt. Im Jahresverlauf zeigte sich bei den Angriffen auf die Stolpersteine in Thüringen eine zunehmende Heftigkeit. Waren die Steine zu Beginn des Jahres wie bereits in den Vorjahren noch zerkratzt und verklebt worden, wurden die Unkenntlichmachungen im weiteren Verlauf mit immer aggressiveren Methoden vorgenommen. Zum Jahresende erfolgten dann Markierungen der Steine, die die geschichtsrevisionistische Haltung der Täter*innen noch eindeutiger zum Ausdruck brachten.

Weimar, 4.6.2023

Zahlreiche Stolpersteine in der Innenstadt werden mit schwarzer Farbe besprüht und somit unkenntlich gemacht.

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung; Post-Shoah-Antisemitismus

Weimar, 5.10.2023

Zahlreiche Stolpersteine in der Innenstadt werden mit Gips beschmiert und somit unkenntlich gemacht.

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung; Post-Shoah-Antisemitismus

Gera, 22.11.2023

In der Nacht werden mehrere Stolpersteine mit Hakenkreuzen in roter Farbe übersprüht.

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung; Post-Shoah-Antisemitismus

Weimar, 22.11.2023

In der Nacht werden mehrere Stolpersteine mit dem Wort „Täter“ in roter Farbe übersprüht

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung; Post-Shoah-Antisemitismus



▲ Weimar, 5.10.2023



Weimar, 4.6.2023 ▲



▲ Weimar, 22.11.2023



Gera, 22.11.2023 ▼

Geschichtsrevisionismus ist essenzieller Bestandteil rechtsextremer Ideologien. In diesem weltanschaulichen Kontext sind sowohl die Leugnung der Shoah als auch das Gegenteil, ihre Verherrlichung, weit verbreitet. Obwohl sich beide Vorstellungen scheinbar gegenseitig ausschließen, erfüllen sie jeweils grundlegende Funktionen im rechtsextremen Weltbild: Während die Leugnung der Shoah den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes banalisiert und Jüdinnen*Juden ganz in der Tradition alter antisemitischer Stereotype als Lügner*innen diffamiert, findet der Hass auf Jüdinnen*Juden in der Verherrlichung der Shoah einen überdeutlichen Ausdruck. Sowohl die Leugnung als auch die Verherrlichung der Shoah wurden immer wieder von Thüringer Gedenkstätten und -orten gemeldet.

Meiningen, 2.12.2023

Das Denkmal für die im Nationalsozialismus zerstörte Synagoge in Meiningen wird mit zwei Hakenkreuzen und „Adolf Hitler 1945“ beschmiert aufgefunden.

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung; Post-Shoah-Antisemitismus



◀ **Meiningen,
2.12.2023**

Nordhausen, 11.3.2023

Im Besucherbuch der Gedenkstätte Mittelbau-Dora wird von Besuchern der Gedenkstätte folgender Eintrag hinterlassen: „Die Wahrheit hat zwei Gesichter/88“. Die 88 ist ein Zahlen-code für den Hitlergruß, dessen Zeigen und Äußern in Deutschland verboten ist. Die 8 steht darin für „H“, den achten Buchstaben im Alphabet. Der Satz in Kombination mit der Zahl 88 impliziert, dass die in der Gedenkstätte vermittelten Inhalte nicht der Wahrheit entsprechen und deutet entsprechend auf ein geschichtsrevisionistisches Weltbild hin.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; Post-Shoah-Antisemitismus

Weimar, 22.9.2023

Am Glockenturm des Mahnmals der Gedenkstätte Buchenwald zeigt ein Schüler den Hitlergruß.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; Post-Shoah-Antisemitismus

Auch wenn Gedenkstätten und -orte 2023 vielfach antisemitischen Angriffen ausgesetzt waren, so zeigte sich Post-Shoah-Antisemitismus auch wiederholt im alltäglichen öffentlichen Raum. Wie im Vorjahr wurden mehrfach in der Öffentlichkeit rechtsextreme Lieder mit antisemitischen Inhalten gesungen, wie das „U-Bahn-Lied“ der Rechtsrockband „Landser“. Immer wieder wurden RIAS Thüringen antisemitische Äußerungen rechtsextremer Personen in der Öffentlichkeit gemeldet. Und überall in Thüringen wurden im öffentlichen Raum NS-Symboliken, -Codes und -Begriffe entdeckt. Letztere dokumentiert RIAS dann als antisemitischen Vorfall, wenn sie im Umfeld jüdischer Einrichtungen und Gedenkstätten/-orte angebracht werden oder wenn es einen sonstigen Bezug zu Jüdinnen*Juden gibt. Das Beschmieren des öffentlichen Raums mit NS-Symboliken oder -Begriffen ist dabei eine Form rechtsextremer Raumnahme, die eine Bedrohung für jüdische Menschen und andere im rechtsextremen Weltbild abgewertete Personengruppen darstellt. So werden gezielt Angsträume geschaffen, vor allem, wenn ganze Stadtteile beispielsweise als „Nazi Kiez“ markiert werden.

Eisenach, 16.9.2023

Auf dem Weg zu einem Konzert der rechtsextremen Band „Lunikoff“ zeigt eine Person offen ihr antisemitisches Tattoo. Die Person trägt auf dem Unterarm ein Bild, das KZ-Gefangene hinter einem Stacheldraht zeigt. Am unteren Rand des Tattoos steht die Redewendung „Jedem das Seine“. Schriftart und Form imitieren das Eingangstor des Konzentrationslagers Buchenwald, an dem dieser Spruch von der SS in zynischer Form eingelassen war. Dazu trägt die Person den rechtsextremen Code 88 auf der Gürtelschnalle.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; Post-Shoah-Antisemitismus



◀ Eisenach,
16.9.2023

Erfurt, 16.1.2023

An einem Blumenbeet am Petersberg wurde die Schmiererei „Judenfrei“ und darunter zwei SS-Runen entdeckt. Während der Zeit des Nationalsozialismus wurde dieser Ausdruck für Institutionen und Orte verwendet, aus denen Jüdinnen*Juden ausgeschlossen worden waren. Mit Beginn der Deportationen in Ghettos oder Konzentrations- und Vernichtungslager bezeichnete man mit diesem Wort (annektierte) Gebiete, in denen keine Jüdinnen*Juden mehr lebten. Es handelt sich um eine Verherrlichung der Shoah. Das Beschmieren des öffentlichen Raums mit NS-Codes und -Begriffen stellt eine rechtsextreme Raumnahme dar und ist eine Bedrohung für Jüdinnen*Juden.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; Post-Shoah-Antisemitismus

▼ Erfurt, 16.1.2023



Bad Salzungen, 7.11.2023

An einem Hotel in Bad Salzungen werden in der Nacht antisemitische Schmierereien angebracht. An die Hauswand werden Hakenkreuze, ein Davidstern und das Wort Jude mit roter Farbe gesprüht. Im gleichen Zeitraum werden an die Hauswand eines Geldinstituts ein Davidstern und zwei Hakenkreuze geschmiert. Diese Häusermarkierungen sind eindeutige Fälle von Post-Shoah-Antisemitismus und stellen eine massive Bedrohung von Jüdinnen*Juden dar. Indem der Davidstern mit Hakenkreuzen kombiniert wird, reproduzieren der oder die Täter*innen die Erinnerungen an die nationalsozialistischen Massenverbrechen in verherrlichender Form und drohen ganz offen jüdischen Menschen mit dem Wunsch einer Wiederholung der Shoah. Die Markierung des Geldinstituts in dieser Form impliziert darüber hinaus das dem Mittelalter entstammende antisemitische Stereotyp des „Geld-“ oder „Wucherjuden“.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; Post-Shoah-Antisemitismus



▲ Bad Salzungen, 7.11.2023

Schwerpunkt: Antisemitismus im Fußballkontext

Antisemitismus im Fußballkontext ist nicht nur ein thüringisches Phänomen. Vor allem die Diffamierung eines gegnerischen Vereins als „jüdisch“ oder „Jude“ ist eine im Fußball weitverbreitete Form antisemitischer Provokation.

9 % aller 2023 an RIAS Thüringen gemeldeten Vorfälle hatten einen Bezug zum Fußball und jeder dieser Vorfälle war der Erscheinungsform des antisemitischen Otherings zuzuordnen. Auch wenn die Zahl der Meldungen 2023 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist, kann gerade hier von einem hohen Dunkelfeld ausgegangen werden.

Die Beschimpfung als „Jude“ gilt im Fußballkontext als Beleidigungsform, die so nur möglich ist, weil mit ihr ein bewusster Tabubruch durchgeführt wird. Dabei kann die Schmähung nur gelingen, weil mit ihr im kollektiven Bewusstsein bereits vorhandene antisemitische Stereotype wie das des „reichen“ oder „listigen Juden“ aufgerufen werden.

In Thüringen beziehen sich derartige antisemitische Beschimpfungen zumeist auf den FC Carl Zeiss Jena und seine Fans. Die Schmähung „Juden Jena“ ist in Thüringen weit verbreitet und durch den gleichen Anlaut der beiden Wörter besonders eingängig. Diese Schmähung findet sich sowohl in Fangesängen als auch in Schmierereien und Graffiti wieder, die überall im Freistaat gemeldet wurden.

Erfurt, 29.6.2023

Auf einem Bolzplatz wird ein antisemitisches Graffito entdeckt. Zu lesen ist der Schriftzug „Juden Jena“ mit einem Davidstern in der Mitte.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; antisemitisches Othering

Jena, 10.6.2023

Während einer Zugfahrt von Weimar nach Jena kommt es kurz vor Jena zu antisemitischen Parolen und Gesängen. Eine Gruppe von ca. 5 angetrunkenen jungen Männern grölt die gesamte Fahrt über laut herum. Kurz vor Jena liefert ein Beteiligter das Stichwort „Juden Jena“, was dann von der Gruppe mehrfach skandiert wird.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; antisemitisches Othering

Rudolstadt, 27.9.2023

In Rudolstadt wird an einer Hauswand über ein FCC-Graffito ein Davidstern gesprüht. FCC steht für den Fußballverein FC Carl Zeiss Jena. Durch den Davidstern wird dieser als jüdisch markiert und damit auf die Schmähung „Juden Jena“ angespielt.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; antisemitisches Othering

Die weite Verbreitung solcher Graffiti und Schmierereien in Thüringen birgt die Gefahr, dass derartige antisemitische Schmähungen durch ihre Quantität auf Dauer in der Wahrnehmung normalisiert und verharmlost werden. Harmlos und normal sind sie aber gerade nicht und die Behauptung, antisemitische Sprüche wie „Juden Jena“ im Fußballkontext seien unpolitisch, ist eine eindeutige Fehleinschätzung und Bagatellisierung des Antisemitismus. Auch wenn wie im Fall von Schmierereien oder Stickern die Täter*innen unbekannt bleiben, ist bekannt, dass es in der Fanszene rechtsextreme wie auch rechtsoffene Fans bzw. Fangruppen gibt. Gerade rechtsextreme Fans versuchen dabei im Fußballkontext bewusst, Antisemitismus zu schüren, und betreiben in diesem Umfeld eine rechtsextreme Raumnahme.³

Erfurt, 13.10.2023

In einem öffentlichen Park wird eine antisemitische Schmiererei mit Fußballbezug auf einem Mülleimer entdeckt. Mit rotem Stift steht darauf ein Hakenkreuz, SS-Symbole, ein Davidstern und „Juden Jena“ geschrieben. Die Verbindung

³ Schubert, Florian (2019): Antisemitismus im Fußball. Tradition und Tabubruch. Göttingen.

Erfurt, 29.6.2023 ▶



Rudolstadt, 27.9.2023 ▲

▼ Erfurt, 13.10.2023



Ilmenau, 18.5.2023 ▼



aus NS-Symboliken und einem Davidstern ist eine typische Shoah-Verherrlichung des Post-Shoah-Antisemitismus und eine unmittelbare Bedrohung für Jüdinnen*Juden. Diese Bedrohung bezieht sich durch die Schmähung „Juden Jena“ auch auf den FC Carl Zeiss Jena und seine Fans, die hier als jüdisch adressiert werden. Derartige Schmierereien dienen nicht nur der antisemitischen Diffamierung gegnerischer Vereine und Fans, sondern sind auch Drohgebärden, die Angsträume über den Fußballkontext hinaus schaffen.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; Post-Shoah-Antisemitismus, antisemitisches Othering

Ilmenau, 18.5.2023

In einem Gewerbegebiet wird ein Sticker mit der Aufschrift „Sektion KZ Buchenwald“, eine Anspielung auf die „Sektion Weimar“, einen Fanclub des FC Carl Zeiss Jena, gesichtet. Im Zentrum des Stickers sind zwei Männer abgebildet, die wohl Mitglieder des Fanclubs sind. Am unteren Rand des Stickers sind zwei sogenannte „Judensterne“ zu sehen, eine Zwangskennzeichnung, durch die Jüdinnen*Juden im Nationalsozialismus stigmatisiert wurden. Farben, Formen und Gestaltung entsprechen den Stickern des Fanclubs „Sektion Weimar“, der somit antisemitisch diffamiert wird. Der Aufkleber bezieht sich direkt auf die Shoah und das Konzentrationslager Buchenwald. Die Abbildung der „Judensterne“ macht deutlich, dass „Buchenwald“ hier als antisemitisches Synonym für die Vernichtung von Jüdinnen*Juden verwendet wird und paraphrasiert so die antisemitische Schmähung „Juden Jena“ auf besonders aggressive Weise. Der Aufkleber glorifiziert die Shoah und bedroht sowohl die abgebildeten Fußballfans als auch Jüdinnen*Juden. Er vereint somit einen antisemitischen Angriff im Fußballkontext mit einem Angriff auf die Erinnerungskultur. Mehr noch wird hier der Wille zu erneuten Angriffen auf Jüdinnen*Juden und als jüdisch adressierte Personen bekundet. Der Sticker wurde im Verlauf des Jahres 2023 aus Städten in Ost-, Süd-, Mittel- und Westthüringen gemeldet.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten; Post-Shoah-Antisemitismus, antisemitisches Othering

Antisemitismus melden!

Wenden Sie sich an uns, wenn Sie von Antisemitismus betroffen oder Zeug*in von antisemitischen Vorfällen sind.

Wir arbeiten vertraulich, anonymisierend und parteilich.

Report Antisemitism !

Contact us if you are affected by antisemitism or are a witness to antisemitic incidents!

Our service is confidential, anonymizing, and we stand unequivocally at the side of those affected.

Сообщите об антисемитском инциденте !

Свяжитесь с нами, если Вы столкнулись с антисемитизмом или являетесь свидетелем антисемитских инцидентов!

Наша работа конфиденциальна, анонимна и мы на стороне потерпевших.

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite rias-thueringen.de oder per E-Mail an info@rias-thueringen.de oder an die Mobilnummer **0176 7121 3004** mitteilen.

 facebook.com/RIASThueringen

 instagram.com/rias.thueringen

You can share your experiences and observations of anti-Semitic incidents via the reporting site rias-thueringen.de or by e-mail to info@rias-thueringen.de or to the mobile number **0176 7121 3004**

 facebook.com/RIASThueringen

 instagram.com/rias.thueringen

Вы можете поделиться своим опытом и наблюдениями о антисемитских инцидентах на сайте rias-thueringen.de или по электронной почте info@rias-thueringen.de или на мобильный номер **0176 7121 3004**

 facebook.com/RIASThueringen

 instagram.com/rias.thueringen

Unsere Angebote:

- ▶ Vertrauliche Annahme von Meldungen antisemitischer Vorfälle
- ▶ Unterstützung bei Anzeigenstellung
- ▶ Vermittlung von weitergehenden Unterstützungsangeboten (juristisch, psychologisch, politisch sowie Betroffenenberatung)
- ▶ Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation der Erfahrungen
- ▶ Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen, Gruppen, Ereignisse



Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Thüringen

c/o Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)
Tatzendpromenade 2a
07745 Jena

www.idz-jena.de/rias-thueringen

Spendenaufruf

Gemeinsam gegen Antisemitismus!

Unser Ziel

Unser Ziel ist eine Welt ohne Hass, Hetze und Ausgrenzung – eine Welt, in der alle Menschen sicher und gleichberechtigt leben können.

Daher setzt sich die Amadeu Antonio Stiftung seit ihrer Gründung für Demokratie ein. Gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung und Gewalt. Denn Hass und Hetze brauchen Gegenwind. Weil die Gleichwertigkeit aller Menschen zwar im Grundgesetz festgeschrieben ist, ihre tatsächliche Umsetzung aber immer wieder erwirkt werden muss, arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung ihrem Ziel mit vielfältigen Methoden und auf unterschiedlichen Ebenen entgegen.

Die Amadeu Antonio Stiftung ...

- ▶ UNTERSTÜTZT Betroffene antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt – etwa mit dem Opferfonds CURA. Außerdem engagiert sich die Amadeu Antonio Stiftung dafür, dass die Perspektiven von Betroffenen oben auf der Agenda bleiben – ob auf der Straße oder im Bundestag.
- ▶ FÖRDERT bundesweit Projekte, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft stark machen. Besonders im ländlichen Raum.
- ▶ FORSCHT und MONITORT zu den Themen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus. Fachwissen, das in Studien, Publikationen und Beratung, aber auch in konkrete Forderungen an die Politik einfließt.
- ▶ SORGT dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit bleiben: durch Pressearbeit, Social Media oder Artikel auf Belltower.News, der journalistischen Plattform der Amadeu Antonio Stiftung. Aber auch durch pädagogische Arbeit und (Fort-) Bildung für Multiplikator*innen.

Ihr Beitrag

Damit wir diese Arbeit machen können, sind wir auf Spenden angewiesen. Jede einzelne Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit der Amadeu Antonio Stiftung. Damit wir uns weiterhin gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus engagieren können. Gemeinsam. Seien Sie dabei.

Der Amadeu Antonio Stiftung folgen

<https://bsky.app/profile/amadeuantonio.bsky.social>

<https://x.com/AmadeuAntonio>

<facebook.com/AmadeuAntonioStiftung>

<instagram.com/amadeuantoniofoundation>

<tiktok.com/@amadeuantoniofoundation>

<youtube.com/c/AmadeuAntonioStiftung>

<linkedin.com/company/amadeu-antonio-stiftung>

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen ist ein Projekt in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Die Amadeu Antonio Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen, anerkannter Träger der politischen Bildung und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/spenden-und-stiften>



Mitglied im



**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**

Spendenkonto

Amadeu Antonio Stiftung
GLS Gemeinschaftsbank eG
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00



Bitte geben Sie im Zuge der Überweisung eine Adresse an, um eine Spendenbescheinigung erhalten zu können.

Am 7. Oktober 2023 erlebte Israel ein Pogrom genozidalen Ausmaßes. In der Folge kam es zu einem sprunghaften weltweiten Anstieg antisemitischer Vorfälle, der sich auch in Thüringen zeigte und die Arbeit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen prägte.

Der dritte Jahresbericht von RIAS Thüringen belegt, dass die seit dem 7. Oktober explodierenden Vorfallzahlen nicht auf einen neu hinzugekommenen Antisemitismus zurückgehen, sondern bereits vor dem Herbst 2023 im Freistaat ein weites Spektrum antisemitischer Haltungen verbreitet war. Jüdische Menschen waren in Thüringen 2023 tagtäglich zahlreichen antisemitischen Vorfällen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgesetzt.

RIAS Thüringen geht dabei weiterhin von einem hohen Dunkelfeld nicht gemeldeter und nicht dokumentierter antisemitischer Vorfälle aus.